

# Schönburger Tageblatt

## und Waldenburger Anzeiger.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach Sonn- und Festtagen.  
Annahme von Inseraten für die nächstfolgende Nummer bis vormittags 11 Uhr.  
Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 1 Mk. 25 Pf. Einzelne Num. 5 Pf.  
Inserate pro Zeile 10 Pf., Einzelg. 20 Pf.  
Tabellarischer Satz wird doppelt berechnet.

Illustriert: in Altkadwallenburg bei Herrn Kaufmann Otto Förster; in Kaufungen bei Herrn Fr. Janaschel; in Langenchursdorf bei Herrn O. Stiegler; in Penig bei Herrn Wilhelm Dahler, Cigarrengeschäft an der Brücke; in Rochsburg bei Herrn Paul Böhle; in Wolkensburg bei Herrn Ernst Böhm; in Ziegelheim bei Herrn Eduard Kirßen.

### Amtsblatt für den Stadtrath zu Waldenburg.

Zugleich weit verbreitet in den Städten Penig, Lützenau, Richtenstein-Gallenberg, und in den Dörfern der nachstehenden Stenbezirksämter:  
Altkadwallenburg, Bräunsdorf, Gallenberg, St. Egidien, Ehrenhain, Frohnsdorf, Falken, Grumbach, Kaufungen, Langenchursdorf, Langenleuba-Niederhain, Langenleuba-Oberhain, Niederwiera, Oberwiera, Oberwinkel, Oelsnitz i. G., Reichenbach, Remse, Rochsburg, Rußdorf, Schlagwitz, Schwaben, Wolkensburg und Ziegelheim.  
Zersprecher Nr. 9.

Nr. 46.

Sonnabend, den 24. Februar

1900.

**Witterungsbericht**, aufgenommen am 23. Februar, nachm. 4 Uhr.  
Barometerstand 762 mm. reducirt auf den Meerespiegel. Thermometerstand + 8,5 C (Morgens 8 Uhr + 4° C.) Feuchtigkeitsgehalt der Luft nach  
Landschütz's Polymeter 70%. Thaupunkt + 3,5 Grad. Windrichtung: Südwest.  
Daher Witterungsaussichten für den 24. Februar: Wolkig bis halbheiter.

Eronje rettungslos eingeschlossen?

Waldenburg, 23. Februar 1900.

In der 2. Kammer des sächsischen Landtages kam gestern Donnerstag die vom socialdemokratischen Abgeordneten Frähdorf eingebrachte Interpellation wegen der Kohlennoth zur Verhandlung. Der genannte Abgeordnete hatte, wohl mehr der parteipolitischen Noth als dem freien Triebe folgend, die Anfrage an die Regierung gerichtet, welche Maßnahmen diese zu treffen gedenke, um der durch den Ausfall verursachten Kohlennoth zu wehren. Also, dieselben Leute, die durch ihre Spekulationen den Ausfall heraufbeschworen haben, fragen die Regierung, was sie zu thun gedenke, um den wirtschaftlichen Uebeln des Ausfalles abzuwehren. Der Vertreter der Regierung, Staatsminister v. Meißner, erfaßte diesen Kernpunkt der Sache mit scharfer Logik und fragte den socialdemokratischen Interpellanten, woher seine Partei denn eigentlich den moralischen Muth zu einer solchen Anfrage nehme. An der Regierung sei es vielmehr, den Spieß umzukehren, und ihrerseits zu fragen: „Was gedenkt die socialdemokratische Partei zu thun, um die von den „Genossen“ ganz ohne Noth angezettelte Ausfallbewegung durch die „Genossen“ selbst wieder zur Ruhe zu bringen?“ Darauf wachte der socialdemokratische Interpellant natürlich keine Antwort zu geben.

Der Minister ließ sich selbst durch die größten persönlichen Ausfälle des socialdemokratischen Interpellanten nicht aus der gemessenen Ruhe bringen, sondern vermied jedwede polemische Schärfe, wirkte aber gerade dadurch um so nachhaltiger und eindringlicher. Dem ganzen Lande, soweit es im obern Parteibereich staatsbehaltenden Lager steht, war es aus tiefer Seele gesprochen, als der Minister erklärte, der gegenwärtige Ausfall innerhalb der sächsischen Grenzen sei durch keine wirtschaftliche Nothlage hervorgerufen, sondern ausschließlich durch fremde socialrevolutionäre Agitatoren angezettelt worden. Ein lautes allgemeines Bravo belohnte den Minister für seine ungeschminkte Feststellung. Ganz besonderen Dank von Seiten der staatsbehaltenden Elemente verdient der Minister ferner für seine scharfe Zurückweisung der socialdemokratischen Anzuspinnung, daß er im Streitgebiet bloß mit den Unternehmern, nicht auch mit den Vertretern der Arbeiterschaft verhandelt habe. Der Regierungsvertreter erklärte sich nach wie vor bereit, seine Hand zu jedem Vermittlungsversuch zu bieten, der auf der vorgeschriebenen gesetzlichen Grundlage unternommen werde. Eine „Arbeitervertretung“ aber, die von den socialrevolutionären Drahtziehern als willenloses Werkzeug geleitet wird, darf nun und nimmermehr den Anspruch erheben, ein Mitglied der Regierung als vermittelnde Partei in ihren Reihen zu sehen. Bei den zum Glück noch gesetzten Ordnungsverhältnissen in unserem Staatsleben ist eine solche Möglichkeit schlechtweg ausgeschlossen, und es kann nur zur Dämpfung des socialrevolutionären Uebermuths und Nachsitzens dienen, daß hierüber vom Regierungssitz aus kein Zweifel übrig gelassen worden ist. Bei der gänzlich unsachlichen Art, die der Begründer der Interpellation beliebt hatte, war es von Seiten des Vertreters der Staatsregierung eine außergewöhnliche Conivenz, daß er sich überhaupt noch auf den sachlichen Theil der Anfrage einließ. Die Erklärung hierüber konnte sichtlich nicht anders lauten, als daß die Regierung sich bemühen werde, den ins Stoden gerathenen Verkehr nach Kräften aufrecht zu erhalten und im Uebrigen für die Bewahrung der Ruhe und Ordnung im Streitgebiet

zu sorgen; etwas Anderes vermag unter den obwaltenden Umständen auch die fürsorglichste Regierung nicht zu thun.

Den Standpunkt der conservativen Partei brachte der Abg. Opiß-Treuen durch die parteiofficielle Erklärung zu Geltung, daß seine politischen Freunde in dem jetzigen Streit eine socialrevolutionäre agitatorische Bewegung erblickten, die das Wohl der arbeitenden Klassen gefährde, sowie das Vorgehen der Regierung im Ausfallgebiet zu billigen sei. Der nationalliberale Abgeordnete Richter-Großschönau pflichtete dem conservativen Standpunkte grundsätzlich bei und knüpfte daran einige überzeugende lehrreiche Ausführungen über die einschneidenden wirtschaftlichen Folgen des Ausfalls. Der Redner wies nach, daß eine längere Dauer des Ausfalls eine Anzahl von minder kapitalkräftigen Existenzen völlig ruiniren und auf jeden Fall eine allgemeine Preiserhöhung der täglichen Bedarfsartikel, insbesondere auch der Lebensmittel herbeiführen müsse. Dadurch würden dann wiederum gerade diejenigen Kreise am schwersten betroffen, für deren materielles Wohl einzutreten die Socialdemokraten fälschlich behaupten. Eine kleine socialrevolutionäre Clique zettelt einen in seinen schädlichen Wirkungen unabsehbaren Ausfall an, verschafft so vielleicht einer kleinen Anzahl von Arbeitern momentan günstigere Arbeitsbedingungen und führt dafür Tausende und Abertausende von Arbeiterfamilien in brutaler Weise in das tiefe Elend: Das ist das wahre Bild, das dieser Ausfall dem unparteiischen Beobachter zeigt. Wer es wirklich mit der Arbeiterwohlfahrt ernst meint, der kann nur von Herzen in den Wunsch des Abg. Richter einstimmen, daß die bethörten Arbeiter ein Einsehen haben und umkehren mögen, ehe es zu spät ist. Gleichzeitig aber muß auch, so bemerken hierzu die „Dr. R.“, für die regierenden Kreise im Reich der Wunsch ausgesprochen werden, daß sie sich endlich zu einer energischen Kampfpolitik wider die Partei des Umsturzes aufraffen mögen, ehe es zu spät ist.

### Politische Rundschau.

#### Deutsches Reich.

Der Kaiser hörte im Jagdschloß am Donnerstag den Vortrag des Chefs des Militärkabinetts v. Sahnke. Dem in Berlin zusammengetretenen brandenburgischen Provinziallandtag sandte der Kaiser aus Hubertuskloß folgendes Telegramm: „Den versammelten Brandenburgern sendet, schmerzlich bewegt, abwesend sein zu müssen, seine wärmsten Grüße in alter Treue Markgraf Wilhelm.“ Der Vorsitzende telegraphirte zurück: „Treue brandenburgische Männer danken Ew. Majestät allerunterthänigst für das gnädige Telegramm. Sie leben und sterben für ihren Markgrafen.“

Das Befinden des Abg. Dr. Kruse (ntl.), der im Reichstage einen Schlaganfall erlitten hat, verschlimmerte sich am Donnerstag. Es fand bei dem Kranken, dessen Zustand eine Ueberführung in das Krankenhaus nicht erlaubte, ein neuer Bluterguß ins Gehirn statt.

Finanzminister v. Miquel ist wiederhergestellt und leidet nur noch an den gewöhnlichen Nachwehen der Influenza, so daß ihm sein Arzt noch einige Tage Schonung auferlegt hat.

Dr. Leyds, der Gesandte Transvaals, wird am 14. März in der Internationalen Vereinigung für vergleichende Rechtswissenschaft und Volkswirtschaftslehre zu Berlin einen Vortrag über rechtliche und wirtschaftliche Verhältnisse der Südafrika-Republik halten.

Als künftigen deutschen Reichskanzler nennen die „D. N. N.“ den Statthalter von Elsaß-Lothringen, Fürsten Hohenlohe-Langenburg, dessen Nachfolger einmal Prinz Adolf zu Schaumburg-Lippe werden würde.

Die Budgetcommission des Reichstags beräth den Marineetat, in dem die Marinevorlage, die gleichfalls der Budgetcommission vorliegt, jedoch nicht einbezogen ist. Bei den Einnahmen dieses Stats wurde festgestellt, daß ein Verkauf alter abgängiger Schiffe nicht beabsichtigt sei. Bei den Ausgaben bemerkt der Referent Abg. Müller-Fulda (Str.), es sei nicht möglich gewesen, innerhalb des Rahmens des Flottengesetzes zu bleiben; es seien vielmehr Staatsüberschreitungen in Höhe von 6,234,000 Mk. vorgekommen. Die in dem Marineetat festgelegten Mehrausgaben beziffern sich im Ganzen auf 18,680,000 Mk. Eine längere Erörterung hatte der Umbau des Küstenpanzers „Gagen“ zur Folge. Abg. Müller (Str.) fragte an, warum man Küstenpanzer überhaupt noch umbauere, da doch nach dem Flottengesetz der ganze Typ der Küstenpanzer aufgegeben werden sollte. Staatssekretär Tirpitz erklärte darauf, der ganze Umbau werde nicht mehr als eine Million kosten und man hoffe, das Schiff dann noch 10 Jahre lang im Gebrauch halten zu können. Auf Anregung des Abg. Richter wird dann eine Resolution einstimmig angenommen, welche die Erwartung ausdrückt, daß künftige Umbauten von Schiffen nicht ohne vorherige etatsmäßige Bewilligung vorgenommen werden dürfen. Bei dem Kapitel Seewarte theilt der Staatssekretär mit, daß Wetterprognosen künftig 4 Stunden früher mitgetheilt werden würden, was für die Landwirtschaft sehr werthvoll sei. Heute oder spätestens Dienstag hofft die Commission mit der Berathung des Marineetats fertig zu werden.

Zur lex Heinze, also dem Gesetzentwurf zur Bekämpfung der Unfittlichkeit, meldet die Münchener „Allg. Ztg.“ officiös, daß zwischen Centrum und Regierung eine Verständigung in der Richtung herbeizuführen gesucht werde, daß die Regierung an der Unannehmbarkeit des Arbeiterparagraphe und der Hinaustrückung des Schutzalters festhält, aber gegenüber einem Compromiß in Betreff des Theaterparagraphe sich nicht grundsätzlich ablehnend verhält. Die Nelbung der „Kreuz-Ztg.“, daß die Annahme des Gesetzes auf Grund einer erzielten Verständigung über die Differenzpunkte bereits gesichert sei, war danach also doch wohl verfrüht.

#### Oesterreich-Ungarn.

Das österreichische Abgeordnetenhaus ist am Donnerstag wieder zusammengetreten. Ministerpräsident Körber hielt seine Programmrede, in der er als sorgenvollste Pflicht der Regierung den Versuch zur Lösung der nationalen Frage bezeichnete. Die Regierung werde nach Abschluß der Verständigungskonferenz die betreffenden Vorlagen zur verfassungsmäßigen Verhandlung einbringen. Zunächst müsse der bereits vorliegende Staatsvoranschlag möglichst bald berathen werden. Eine Parteiregierung sei das neue Ministerium nicht. Die Regierung bitte schließlich das Haus, den so lange währenden Streit wenigstens insofern einzudämmen, daß daneben ein Weg freibleibe für die geistige und wirtschaftliche Entwicklung des Staates. Die Rede machte auf alle linksdeutschen Parteien vorzüglichem Eindruck. Tschechischer Widerspruch wurde nur vereinzelt bemerkbar. Wenn ein Wiener Blatt Recht hat, besitzt das Ministerium bereits die Vollmacht zur Auflösung des Abgeordnetenhauses, falls die Tschechen wirklich in die Obstruktion eintreten sollten.